

Julian Nida-Rümelin

Fortschritt durch Bolognas Scheitern

Fehlschlag und Erfolg der zweiten großen Universitätsreform in Deutschland

Deutschland befindet sich mitten in der zweiten großen Bildungsreform nach der Humboldt'schen Anfang des 19. Jahrhunderts. Im Gegensatz zur Bildungsreform, die in ihren Grundzügen von der Philosophie des Deutschen Idealismus geprägt war, also von der Idee einer autonomen Persönlichkeit und damit der Notwendigkeit von Persönlichkeitsbildung, ist das Reformziel nun weit bescheidener. Es lautet *employability*.

Das, was oft missverständlich als »Neo-Liberalismus« bezeichnet wird (besser wäre Markt-Radikalismus oder Libertarismus), hatte vordergründig zum Ziel, die ökonomischen Märkte von staatlicher Bevormundung zu befreien und ein Zeitalter der Innovationsdynamik und der Globalisierung einzuleiten. Der Neo-Liberalismus in der politischen und ökonomischen Praxis war jedoch Ausfluss einer Weltanschauung, die ihre Wurzeln im Anarchismus des 19. Jahrhunderts hat. Danach realisiert sich die beste aller Welten dadurch, dass alle Individuen je individuell ihre eigenen Interessen rational verfolgen ohne kulturelle und moralische Bindungen, ohne staatliche Interventionen und ohne die normative Kraft institutioneller Formierung.

Der Neo-Liberalismus hat mit dem klassischen Liberalismus einige Gemeinsamkeiten, aber er verabschiedet dessen zentrale Idee, die der gleichen Freiheit. Während den liberalen Klassikern immer klar war, dass gleiche Freiheit eine institutionelle Rahmung erforderlich macht, rechtstaatliche Normen und demokratische Institutionen unverzichtbar sind, radikalisiert der Neo-Liberalismus die liberale Kritik an feudaler Herrschaft und staatlicher Bevormundung zu einer Theorie der Herrschaftsfreiheit, wonach die je individuelle Optimierung eigener Interessen zur Harmonie von Marktgleichgewichten führt.

Die staatlichen Bildungsangebote in der Tradition Humboldts waren für das libertäre Programm in zweierlei Hinsicht ein Skandal: Erstens entzog der Staat durch seine über Steuern finanzierten Angebote den privaten Unternehmen ein lukratives Geschäftsfeld. Zweitens waren die Bildungsinhalte nicht auf Verwertbarkeit auf ökonomischen Märkten ausgerichtet. Ja schlimmer noch, je länger die Jugendlichen in den staatlichen Bildungseinrichtungen verharren, desto kritischer wurde ihre Haltung gegenüber den Umwelt- und Sozialkosten einer entfesselten Ökonomie. Hinter dem Umbauziel der *employability* von Hochschulabsolventen verbergen sich zwei andere, weitreichendere Ziele: die Entstaatlichung der Bildung und ihre Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes.

Nun kann überhaupt kein Zweifel bestehen, dass der Bildungsweg auch in die ökonomische Selbstständigkeit führen sollte. Junge Menschen sollten befähigt werden, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, in welchem Beruf und in welcher Rolle auch immer. Der Umbau gerade der Universitäten in Richtung *employability* war allerdings in Deutschland insofern von Anbeginn paradox, als die Absolventen von Studiengängen nicht nur in den Ingenieur- und einigen Naturwissenschaften, sondern über alle Fächer hinweg ein vergleichsweise geringes Risiko hatten, längerfristig arbeitslos zu bleiben. *Employability* war nun wirklich nicht das Problem deutscher Akademiker.

Hier lohnt sich der Vergleich zwischen *Humboldt* und *Bologna* (als Kürzel für die Universitätsreformen Anfang des 19. und Anfang des 21. Jahrhunderts).

Die Universität des späten 18. Jahrhunderts war in einer schweren Krise. Sie war als Be-

rufsbildungsanstalt für Theologen, Juristen und Mediziner erstarrt, staatlich gegängelt und von fürstlicher Willkür bedroht. Es herrschten Philistergeist, verstaubte Gelehrsamkeit und erstarrte Hierarchie. Das Remedium der Humboldt-Reform lautet: Universitäten sind keine Schulen, sie sollen nicht verfestigtes Buchwissen perpetuieren, sondern eine Stätte freien Geistes sein, die die Begegnung von Studenten und Professoren im gemeinsamen Streben nach Erkenntnis ermöglicht. Das war ein für die damalige Zeit revolutionäres Konzept: Es würde traditionelle Hierarchien und Autoritäten aufbrechen, die Macht des Fürsten beschränken, Studenten zu Partnern der Professoren machen und an die Stelle des Auswendiglernens etablierten Schulwissens die Praxiserfahrung wissenschaftlicher Forschung setzen.

Entgegen mancher bildungshistorischer Klitterung muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass das Humboldt'sche Reformprojekt gegen alle Wahrscheinlichkeit überaus erfolgreich war: Innerhalb von wenigen Jahrzehnten wurde das traditionelle universitäre Gefüge auf den Kopf gestellt: Wissenschaftliche Forschung, sprich Philosophie, war nun nicht mehr Propädeutik, sondern das Zentrum der forschungsorientierten Universität. Alle Studiengänge mussten sich nun über ihre Forschungsleistung qualifizieren. Dies setzte eine immense wissenschaftliche, dann auch technologische und ökonomische Kreativität frei: Die deutschen Reformuniversitäten wurden für einige Jahrzehnte zu Stätten des freien Geistes und waren ein, wenn nicht der wichtigste Motor, die rückständige deutsche Region Mitteleuropas nicht nur im Bereich der Künste, der Musikkompositionen, der Belletristik, sondern auch naturwissenschaftlich und technisch zu einer weltweit führenden Nation zu machen. Erst in den beiden Weltkriegen und besonders in Folge der nationalsozialistischen Vertreibung, Verfolgung und Ermordung fiel Deutschland dramatisch zurück und hat das bis heute nicht mehr aufgeholt.

Die Humboldt'sche Reform war in anderer Hinsicht ein Fehlschlag: Humboldt war, entgegen dem, was viele seiner Kritiker bis heute gebetsmühlenartig wiederholen, kein Ideologe der Bildungselite, ihm ging es gerade nicht um die Sicherung einer Sonderstellung von Jünglingen aus feudalen Familien, für ihn war Bildung inklusiv, alle sollten an ihr teilhaben und ihre Entzwecklichung verfolgte nicht das Ziel, Akademiker berufsunfähig zu machen, sondern sie durch eigene Urteilskraft für verantwortliche Positionen in der Gesellschaft (außerhalb der Wissenschaft) zu befähigen. Die Verallgemeinerung der Bildung hielt sich allerdings in engen Grenzen; bis zu Georg Pichts Warnung vor einer deutschen Bildungskatastrophe und dem dann einsetzenden sozialdemokratischen Projekt der Bildungsexpansion verfestigten die deutschen Bildungsinstitutionen eine soziale Schichtung nach Herkunft. Heute sind wir dort nach den beiden sozialdemokratisch geprägten Jahrzehnten der sozialen Mobilität (60er und 70er Jahre) wieder angekommen.

Auch die Bologna-Reform verfolgte das Ziel, Erstarrungen aufzubrechen, neue, innovative Entwicklungen zu ermöglichen und insbesondere die innereuropäische Mobilität zu befördern. Es wurden neue, auch interdisziplinäre Studiengänge geschaffen, die Universitätsinstitute und Fakultäten mussten sich einem Prozess der Selbstfindung und teilweise der Neu-Erfindung stellen, vieles wurde auf den Prüfstand gestellt. Die beiden Reformen *Humboldt* und *Bologna* verfolgten ihre Ziele allerdings mit gerade entgegengesetzten Strategien: Während *Humboldt* das Übel in der Verzwecklichung der Hochschulbildung sah, sieht *Bologna* das Grundübel in der fehlenden Verzwecklichung. Dort, wo *Humboldt* sich Innovation durch Wissenschaftsorientierung erhoffte, löst *Bologna* die enge Verbindung von Forschung und Lehre Schritt für Schritt auf. Dieser Prozess ist voller Paradoxien. Es waren konservative Professoren, die für die Freiheit der Wissenschaft, gegen ihre Instrumentalisierung durch politische Ideologie und staatliche Bevormundung kämpften. Heute kommen die Gefährdung der Freiheit der Wissenschaft und die Aus-

treibung kritischen wissenschaftlichen Geistes eher von denjenigen, die das Bildungssystem insgesamt entstaatlichen und ökonomischen Zwecken unterstellen wollen.

Eine nüchterne Betrachtung der Bologna-Reform fällt ambivalent aus: Manches schlägt dabei positiv zu Buche, was streng genommen ein Scheitern dieser Reform darstellt. Ursprünglich sollten nach der Einführung modularisierter Studiengänge 80 % eines Jahrgangs nach dem Bachelor-Abschluss nach drei Jahren (wie es in Deutschland entgegen der Bologna-Vereinbarung von den Wissenschaftsministerien merkwürdigerweise festgeschrieben wurde) die Universität verlassen und eine Berufstätigkeit aufnehmen. Wenn dieses Ziel erreicht worden wäre, dann hätten wir in der Tat mit Bologna die europäischen Universitäten abgewrackt und vier Fünftel eines Studierendenjahrgangs von einem wissenschaftlichen Studium ferngehalten. Selbst bei einer Akademikerquote von 50 %, von der wir in Deutschland noch deutlich entfernt sind, hätte dies also eine Reduktion derjenigen, die ein wissenschaftliches Studium aufnehmen, auf ein Niveau der 50er Jahre bedeutet (etwa 10 %). Dies entspricht im Übrigen US-amerikanischen Verhältnissen. Das BA-Studium dort ist kein wissenschaftliches Studium, es ähnelt eher der reformierten Oberstufe früherer Jahre, ist in erster Linie allgemeinbildend, mit gewissen Spezialisierungsmöglichkeiten im dritten und vierten Jahr. Danach gehen in den USA in der Tat rund 80 % in den Beruf, während 20 % ein wissenschaftliches Studium von in der Regel zwei Jahren Länge aufnehmen, das für die Wissenschaftsinteressierten oft nahtlos in ein fünf- bis sechsjähriges Promotionsstudium übergeht (häufig ohne Master-Abschluss).

Daraus könnte man den voreiligen Schluss ziehen, dass die Bologna-Philosophie der Trennung von Berufsorientierung und Wissenschaftsorientierung doch in den USA vorbildlich realisiert sei. Dies allerdings wäre ein Trugschluss, denn die BA-Studiengänge sind dort überwiegend nicht berufsorientiert. Allerdings gibt es kürzere BA-Studiengänge, insbesondere an City Colleges, die unmittelbar für bestimmte Berufe qualifizieren, die in Deutschland Ausbildungsberufe sind, wie etwa medizinische Hilfsberufe, Ausbildung zu KindergärtnerInnen, aber auch technische und kunstgewerbliche Berufe. Dabei muss man berücksichtigen, dass ein duales System, wie wir es für Ausbildungsberufe in Deutschland kennen, in den USA bislang nicht existiert – allerdings hat Präsident Obama erst kürzlich eine Kopie eingeweiht und dazu aufgefordert, dem deutschen Beispiel zu folgen. Ob dies unter den anderen kulturellen und Arbeitsmarktbedingungen der Vereinigten Staaten Erfolg haben kann, wird sich zeigen.

Der größte Webfehler von *Bologna* ist die Aufteilung von Studiengängen in solche, die »berufsorientiert« und solche, die »wissenschaftsorientiert« sind. Diese Aufteilung bricht mit der Humboldt'schen Idee, jungen Menschen, die später ein besonderes Maß an beruflicher Verantwortung wahrnehmen werden, zur Urteilskraft durch praktizierten Forschungsgeist zu verhelfen. Zudem liegt die Aufteilung mit den etablierten Qualifikationsmechanismen der Universitäten über Kreuz. Nach wie vor ist die Forschungsleistung das ausschlaggebende Element für die Berufung auf eine Professur. Wenn 80 % der Studierenden an den Universitäten jedoch mit wissenschaftlichem Denken nicht mehr konfrontiert werden sollen, sondern unmittelbar auf ihre zukünftige Berufstätigkeit vorbereitet werden sollen, dann hätten wir dazu das falsch qualifizierte Lehrpersonal.

Auch hier ist das Verfehlen eines Ziels de facto ein Fortschritt. Vernünftigerweise nehmen die meisten Universitäten diese Aufteilung nicht wirklich ernst und deklarieren kurzerhand so gut wie alle ihre Studiengänge als »wissenschaftsorientiert«. »Bildungsorientierte« Studiengänge kommen übrigens charakteristischerweise in der Bologna-Terminologie gar nicht vor. Man könnte boshaft sagen: Hochschulbildung soll es in Zukunft nicht

Widerstand der Universitäten

mehr geben, nur noch Berufs- oder Wissenschaftsvorbereitung. Die einzige Möglichkeit mit einem solchen Humbug verantwortlich umzugehen, ist, ihn nicht ernst zu nehmen. Dies praktizieren die Universitäten, insbesondere auch die Technischen Universitäten, in hohem Maße und müssen sich dafür von Seiten mancher Feuilleton-Autoren und Bildungspolitiker Kritik gefallen lassen.

Um das zu konkretisieren: Eine Umstellung der deutschen Ingenieurausbildung an den Universitäten auf drei Jahre Berufsvorbereitung und anschließend (für 20 %) zwei Jahre wissenschaftliches Studium hätte verheerende Folgen für das Niveau der technologischen Kompetenz in Deutschland. Es ist gerade die frühzeitige, anspruchsvolle, mathematische Orientierung des ingenieurwissenschaftlichen Studiums, auch der Studiengänge exakter Naturwissenschaft, die das hohe Niveau der deutschen Ingenieurtechnik und der angewandten Naturwissenschaft in den Unternehmen ermöglicht. Ich verstehe TU-Präsidenten gut, die sagen, dass eine ernsthaft vollzogene Umstellung auf Zweistufigkeit allein schon gegenüber den Sicherheitsanforderungen in Technologiekonzernen unverantwortlich wäre.

Der deutsche Diplomingenieur hat die Bologna-Reform überlebt, ob er nun noch so heißt (wie das z.B. an der TU in München möglich ist) oder nicht, ist dafür unerheblich. Die Interessenvertreter deutscher Unternehmen wären gut beraten, wenn sie aufhörten, immer wieder die Forderung nach mehr Praxisorientierung zu wiederholen. Ohne ein hohes Niveau der mathematischen, der naturwissenschaftlichen und der ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung würde Deutschland seine Rolle als führende Exportnation neben den USA und China rasch einbüßen. Das ist vielleicht die wichtigste Lehre der Humboldt-Reform: Erst die Entlastung von unmittelbarer Verzwecklichkeit erlaubt es, diejenigen Qualitäten des Denkens und des Entscheidens zu entwickeln, die sich dann in der Praxis in hohem Maße bewähren und die Voraussetzung für technische und andere Innovationen sind.

Wir können nur froh sein, dass die Bologna-Reform an ihren selbstgesetzten Zielen zu einem Großteil gescheitert ist: Die strikte Trennung von Berufs- und Wissenschaftsorientierung wird nicht wirklich praktiziert. Die radikale Verkürzung der Studiendauer wurde nicht erreicht. Die technischen Universitäten haben sich erfolgreich gegen ihre Rückverwandlung in Fachhochschulen zur Wehr gesetzt. Die Geisteswissenschaften haben überlebt, wenn auch in ihrem Selbstbewusstsein empfindlich geschwächt, obwohl sie meistens nicht genau sagen konnten, für welches Berufsfeld sie eigentlich ausbilden. Die Wissenschaftspolitik hat ihrerseits gemerkt, dass sie eine solche Reform nicht oktroyieren kann, ohne zusätzliche Ressourcen bereitzustellen, die es erlauben, wenigstens Teile dieser Reform zum Erfolg zu führen. Die Rede von weiteren Einsparungsrunden im tertiären Sektor der Bildung ist weitgehend verstummt.

Dennoch ist die Finanzierung der Universitäten in Deutschland nach wie vor prekär und die Unterschiede zwischen den Ländern hinsichtlich ihrer Finanzkraft zu groß. Daher schließe ich mit einer weiteren Provokation: Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss nicht nur für den Bereich der Hochschulen, sondern der Bildung generell umgehend aufgehoben werden, wenn man nicht einen offenen Verfassungsbruch – Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland ist ein Auftrag des Grundgesetzes – riskieren will.



Julian Nida-Rümelin

(* 1954) lehrt Philosophie und politische Theorie an der Universität München, er war Kulturstaatsminister und ist Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Zuletzt erschien in der *Edition Körber Stiftung: Philosophie einer humanen Bildung*.

Sekretariat.Nida-Ruemelin@lrz.uni-muenchen.de